

Frauen werbt und **WÄHLT,**

jede Stimme **ZÄHLT,**

jede Stimme **WIEGT,**

Frauenwille **SIEGT!**

Wahlslogan von Elly Heuss-Knapp zur ersten Wahl von Frauen in Deutschland am 19. Januar 1919

www.cccolare.net

# FRAUEN ENTSCHEIDEN DIE WAHL!

WAHLPRÜFSTEINE ZUR FRAUEN- UND  
GENDERPOLITIK IN NIEDERSACHSEN FÜR  
DIE LANDTAGSWAHL AM 15. OKTOBER 2017

Landesfrauenrat  
Niedersachsen e.V.



Landesarbeitsgemeinschaft  
kommunaler Frauen- und  
Gleichstellungsbüros  
Niedersachsen

**F**ür die nächste Legislaturperiode fordern der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen (*lag*), Gleichstellungspolitik inhaltlich und strategisch konsequent weiterzuentwickeln.

Wir müssen feststellen, dass geschlechtsspezifische Rollenstereotype unverändert fortbestehen und es an einer aktiven und nachhaltigen Veränderung dieser Vorstellungen mangelt. Beunruhigend ist, dass diese Rollenbilder nicht mehr nur von den Rechtspopulisten als Leitbild propagiert werden, sondern schleichend Zustimmung in vielen gesellschaftlichen Bereichen und vor allem in den sozialen Medien finden. Landespolitik und -gesetzgebung sollten daher in Bezug auf die Fortschreibung tradierter Geschlechterrollen stärker in den Blick genommen werden. Politische Bildung muss rückwärtsgewandten Frauen- und Familienbildern entschieden entgegenreten.

Die künftige Landesregierung muss dieser Gefahr für die Freiheit der Geschlechter und für unsere demokratische Gesellschaft konsequent begegnen. Eine zukunftsorientierte Landespolitik setzt auf Geschlechtergerechtigkeit.

In der Legislaturperiode von 2017 bis 2022 müssen deshalb in allen landespolitischen Handlungsfeldern Gleichstellungsziele weiterentwickelt und umgesetzt werden.

## ARBEITSMARKT UND SOZIALE SICHERUNG

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt und die damit verbundene steigende Anzahl an Dienstleistungsberufen stellen große Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt dar.

Frauen brauchen in jeder Lebenslage ihre persönliche soziale und finanzielle Sicherung, und zwar unabhängig davon, ob sie alleine, in einer (gleichgeschlechtlichen) Partnerschaft, in einer Ehe, mit oder ohne Kinder leben.

### Wir erwarten daher:

- ✓ Gleiche Bezahlung für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit.
- ✓ Die Herstellung einer existenzsichernden Erwerbsarbeit für Frauen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen.
- ✓ Die Abschaffung des Ehegattensplittings.
- ✓ Die Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, wie z.B. Minijobs.
- ✓ Eine Stabilisierung des Rentenniveaus bei 53%.
- ✓ Ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.
- ✓ Bedarfsgerechte Angebote zur Integration von geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt; hierzu zählt auch der flächendeckende Zugang zu Sprachkursen.
- ✓ Die konsequente Umsetzung des Rechtes auf Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.
- ✓ Zukunftsfähige Konzepte für die Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen.
- ✓ Die entgeltfreie Ausbildung in den sogenannten typischen Frauenberufen der Gesundheits- und Krankheitsversorgung.
- ✓ Eine Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen in interkultureller Kompetenz, z.B. verstärkt in Deutsch als Zweitsprache sowie eine Förderung der Mehrsprachigkeit in den Kitas und Schulen.

## GEWALT UND SEXISMUS

Trotz Gewaltschutzgesetz und der Reform des Sexualstrafrechtes ist häusliche und sexuelle Gewalt für viele Frauen bittere Realität.

### Wir erwarten daher:

- ✓ Eine nachhaltig auskömmliche Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen.
- ✓ Eine nachhaltig auskömmliche Finanzierung von Einrichtungen, die Hilfe und Unterstützung für zwangsverheiratete Mädchen bieten sowie die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung von Zwangsverheiratungen.
- ✓ Flächendeckende Unterstützungs- und Therapieangebote für traumatisierte Mädchen und Frauen.
- ✓ Verpflichtende Schulungen für Polizei und Justiz für mehr Schutz, Beratung und Unterstützung von Betroffenen sexualisierter Gewalt.
- ✓ Den flächendeckenden Ausbau von Täterberatungsstellen, denn Täterarbeit ist Opferschutz.
- ✓ Eine umfassende Evaluation des reformierten Sexualstrafrechts.
- ✓ Keine Abschiebung von schutzbedürftigen Frauen, Kindern und Seniorinnen.

## GESUNDHEIT

Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik zeichnet sich durch eine geschlechtergerechte Gesundheitsvorsorge und Berichterstattung aus.

### Wir erwarten daher:

- ✓ Den Zugang aller Frauen in Niedersachsen zu kostenlosen Verhütungsmitteln, denn Familienplanung darf nicht an der finanziellen Situation der Familien scheitern.
- ✓ Die Sicherung der wohnortnahen und barrierefreien Versorgung der Schwangeren mit geburtshilflichen und Hebammenleistungen.
- ✓ Eine Akademisierung der Hebammenausbildung und die Umsetzung der EU-Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.
- ✓ Die Integration von Genderwissen in die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe.

## **PARTIZIPATION UND TEILHABE**

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist immer noch nicht ausreichend umgesetzt.

### **Wir erwarten daher:**

- ✓ Eine paritätische Besetzung aller Gremien und Regierungsämter.
- ✓ Eine Gesetzesinitiative zur Erhöhung des Frauenanteils in Anlehnung an das französische Parité-Gesetz mit dem Ziel einer 50%igen Beteiligung von Frauen an den Kommunal-, Landtags- und Bundestagsparlamenten.
- ✓ Die Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger.
- ✓ Die Fortführung und deutliche finanzielle Ausweitung des Mentoring-Programms „Politik braucht Frauen“.
- ✓ Die Berücksichtigung des Ehrenamts bei Rentenanwartschaften.
- ✓ Die Finanzielle Absicherung pflegender Angehöriger (z.B. rentenerhöhend, auch wenn bereits selbst im Rentenalter) sowie die Erhöhung von Entgeltpunkten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, hier auch für Pflege- und Adoptivmütter(-eltern), die ihre Kinder erst nach dem 12. Monat nach der Geburt bei sich aufgenommen haben.

## GLEICHSTELLUNG IN DER LANDESPOLITIK

Nach wie vor mangelt es an einer durchgängigen und konsequenten Gleichstellungspolitik sowie der stringenten Umsetzung von Gender Mainstreaming auf allen Landesebenen.

### Wir erwarten daher:

- ✓ Die Benennung von Genderbeauftragten in allen Ministerien.
- ✓ Die Novellierung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) mit dem Ziel einer konsequenten Frauenförderung, bis auf allen Hierarchieebenen die 50 % Quote erreicht ist.
- ✓ Vorrangige Besetzung der Leitungspositionen in den Ministerien im Rahmen der Bestenauslese und mittels ressortübergreifender Planung mit Frauen.
- ✓ Besetzung von Gremien und Aufsichtsräten, an denen das Land beteiligt ist, zu gleichen Anteilen mit Männern und Frauen.
- ✓ Die konsequente Umsetzung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG).
- ✓ Die Hauptberuflichkeit der Gleichstellungsbeauftragten in allen Kommunen und somit einen Ausschluss von Ehren- und Nebenamtlichkeit.
- ✓ Die Festlegung eines Anforderungsprofils für hauptberufliche Gleichstellungsbeauftragte, wie z.B. eine abgeschlossene Hochschulausbildung oder gleichwertige Fähigkeiten aufgrund von Berufserfahrung, Schlüsselqualifikationen und Erfahrungen in der Frauenarbeit.
- ✓ Die Sicherstellung der gleichstellungspolitischen Infrastruktur in Niedersachsen, d.h. eine auskömmliche finanzielle Förderung des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V, der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros, der Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung sowie der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

## HERAUSGEBERINNEN:

Landesfrauenrat  
Niedersachsen e.V. 

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.  
Geschäftsstelle  
Hilde-Schneider-Allee 25  
30173 Hannover  
Telefon 0511 321031  
mail@landesfrauenrat-nds.de  
www.landesfrauenrat-nds.de



Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und  
Gleichstellungsbüros Niedersachsen  
Sodenstraße 2  
30161 Hannover  
Telefon 0511 336506-27  
lag@vernetzungsstelle.de  
www.frauenbuerosinniedersachsen.de

Die Arbeit wird gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Gesundheit  
und Gleichstellung